

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

sowohl die US-Notenbank als auch die Europäische Zentralbank (EZB) lieferten in der Berichtswoche wie erwartet. Die Fed erhöhte den Leitzins ein weiteres Mal, die EZB wird mit Beginn 2019 das Anleiheankaufprogramm einstellen und damit die geldpolitische Lockerung deutlich zurücknehmen. Die Marktteilnehmer reagierten positiv, sowohl Aktien als auch Rentenpapiere tendierten zum Wochenende hin freundlich.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker



Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 15. Juni 2018

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Aktienmärkte im Bann der Notenbanken
- Deutsche Autobauer erneut im Visier der Behörden

Renten:

- US-Notenbank Fed bleibt auf Straffungskurs
- EZB beendet Anleiheankaufprogramm zum Jahresende

Ausblick:

- Bank of England, Schweizer Nationalbank und Norgesbank tagen
- Einkaufsmanagerindizes aus dem Euroraum

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 15.06.2018 ca. 16:00	seit 08.06.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	25.015	-1,2%	1,2%
EURO STOXX 50	3.516	2,0%	0,3%
Dax 30	13.043	2,2%	1,0%
Nikkei 225	22.852	0,7%	0,4%
MSCI Emerging Markets	60.846	-0,6%	-0,1%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,39%	-6 BP	-3 BP
Iboxx Euro Sovereign	232,39	0,9%	-0,2%
Spread EMU Unternehmen-zu EMU-Staatsanleihen	64	-2 BP	20 BP
US-Leitzins	2,00%	25 BP	50 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,90%	-5 BP	49 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,16	-1,3%	-3,2%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	65,96	0,3%	9,2%

Aktien

Aktienmärkte im Bann der Notenbanken

Die vergangenen Handelstage verliefen an den europäischen Aktienbörsen überaus positiv, global gesehen war die Wertentwicklung gemischt. Die Augen der Aktienanleger richteten sich vor allem auf die geldpolitischen Entscheidungen der Notenbanken in Europa und den USA. Insbesondere die Aussagen auf der Pressekonferenz nach dem Zinsentscheid der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgten am Donnerstag für Rückenwind an den Aktienmärkten. Laut EZB soll der aktuelle Leitzinssatz mindestens bis Ende des Sommers 2019 auf dem aktuellen Niveau verharren, wodurch der Euro deutlich schwächer handelte. Dies kommt den exportorientierten europäischen Aktien zu Gute. Auf den etwas strafferen Kurs der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) mit zwei weiteren Leitzinserhöhungen in diesem Jahr reagierten die US-Börsen kaum. Für Zurückhaltung sorgte das leidige Thema Handelskonflikt zwischen den USA und China. Das Scheitern des G7-Gipfels letztes Wochenende belastete die Aktienmärkte kaum, auch das historische Treffen von US-Präsident Donald Trump mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong Un führte zu keinen nennenswerten Kursbewegungen. Für Erleichterung sorgte das Bekenntnis des italienischen Finanzministers Tria, dass das Land den angestrebten Schuldenabbau in den Jahren 2018 und 2019 wie geplant erfüllen würde.

Die Konjunkturdaten spielten in dieser Woche nur eine untergeordnete Rolle. In Deutschland sollte sich das Wirtschaftswachstum weiterhin etwas abschwächen. Die ZEW-Konjunkturerwartungen fielen wie erwartet schwächer aus und sanken von minus 8,2 Punkten im Vormonat auf nun minus 16,1 Punkte.

Insgesamt notierten die weltweiten Aktienmärkte auf Basis des MSCI World-Index in der abgelaufenen Handelswoche nahezu unverändert mit einem kleinen Plus von 0,2 Prozent. Der marktweite US-Index S&P 500 gewann 0,4 Prozent an Wert. Zu den großen Gewinnern zählte

neben dem italienischen MIB-Index (plus 4,2 Prozent), der von der politischen Beruhigung profitierte, auch der deutsche DAX-Index. Er legte um 2,3 Prozent zu und übersprang die Marke von 13.000 Punkten deutlich. Erneut schwach entwickelten sich Aktien in den Schwellenländern, der MSCI Emerging Markets-Index gab auf Wochensicht um 0,9 Prozent nach.

Deutsche Autobauer erneut im Visier der Behörden

Nach langen Verhandlungen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden der Daimler AG, Dieter Zetsche, und dem Bundesverkehrsministerium wurde am vergangenen Montag beschlossen, dass europaweit 774.000 Diesel-Fahrzeuge von Daimler aufgrund von unzulässigen Abschaltvorrichtungen bei der Abgasreinigung zurückgerufen werden müssen. Bundesweit sind hiervon 238.000 Fahrzeuge betroffen, darunter unter anderem die Modelle Vito, C-Klasse sowie der SUV-Verkaufsschlager GLC. Analysten gehen davon aus, dass ein Softwareupdate bei den zurückgerufenen Fahrzeugen ausreichend ist und somit die Kosten des Rückrufs vermutlich unter 100 Millionen Euro liegen werden. Daimler kündigte dennoch an gegen die offenen Rechtsfragen ein Widerspruchsverfahren einzuleiten. Die Aktie des Konzerns reagierte auf den Beschluss am Montag mit einem leichten Kursrückgang und notierte zum Handelsschluss bei 61,19 Euro.

Neben Daimler rückte auch der Volkswagen-Konzern (VW) erneut in den Fokus der Behörden. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig verhängte am Mittwoch gegen den weltweit größten Autobauer eine Geldbuße in Höhe von einer Milliarde Euro aufgrund der Diesellaffäre. Damit soll zum einen der Aufsichtsrechtsverletzung und zum anderen der Abschöpfung wirtschaftlicher Vorteile seitens VW Rechnung getragen werden. Die Marktteilnehmer reagierten kaum auf die Strafzahlungen. Die Teilhaberpapiere schlossen am Mittwoch nahezu unverändert. Per Freitagmittag vollzogen beide Werte auf Wochensicht eine positive Entwicklung. Dazu hat insbesondere die gestrige positive Entwicklung des DAX-Index im Zuge der EZB-Entscheidung und des schwachen Euros beigetragen, von dem die Automobilbranche aufgrund ihrer traditionell hohen Exportstärke profitiert.

Renten

US-Notenbank Fed bleibt auf Straffungskurs

In der Berichtswoche tagten mit der US-Notenbank Fed und der Europäischen Zentralbank (EZB) die großen Notenbanken. Den Auftakt gab am Mittwochabend die US-Notenbank. Diese hob wie bereits erwartet das Leitzinsband um weitere 25 Basispunkte auf 1,75 bis 2,0 Prozent an. Die Fed erachtet das aktuelle Zinsniveau als nach wie vor für die Wirtschaft stimulierend und hält daher auch weitere Zinsanhebungen für angemessen. Die Botschaft aus der Fed-Entscheidung war eindeutig: Diese wird ihren geldpolitischen Straffungskurs von quartalsweisen Zinsanhebungen solange beibehalten, bis sich das wirtschaftliche Umfeld deutlich ändert. Dabei ist im laufenden und auch im kommenden Jahr mit mehr als bislang veranschlagten Zinserhöhungen zu rechnen. Die absolute Zahl der Anhebungen wird nicht zunehmen, auf spätere Zeitpunkte entfallene Schritte dürften jedoch angesichts der wirtschaftlichen Lage und der Inflationsentwicklung in naher Zukunft vorgezogen werden.

Die richtungsweisenden US-Staatsanleihen mit zehn Jahren Laufzeit gaben zunächst leicht nach und erreichten im Vorfeld der Fed-Sitzung die Drei-Prozentmarke. Die Fed sorgte mit ihrer Kommunikation aber für Entspannung am Markt. Die Zehnjahresrendite fiel wieder in Richtung 2,9 Prozent. Die US-Zinsstrukturkurve hat sich in der Berichtswoche letztlich kaum verändert.

EZB beendet Anleiheankaufprogramm zum Jahresende

Die EZB hat am Donnerstag einen großen Schritt in Richtung geldpolitischer Normalisierung gemacht und das Ende der quantitativen Lockerungspolitik zum Jahresende angekündigt. Bis Ende September wird die Notenbank weiterhin 30 Milliarden Euro pro Monat an Anleihen erwerben. Zwischen Oktober und Dezember 2018 wird das Kaufvolumen dann auf 15 Milliarden Euro halbiert. Ab

Januar 2019 erfolgt dann die Einstellung der Anleihenkäufe. Fällige Anleihen werden jedoch wieder angelegt. Gleichzeitig verstärkte die EZB ihre Forward Guidance dahingehend, dass bis mindestens Sommer 2019 Zinsanhebungen ausgeschlossen werden. Damit hat die EZB hinsichtlich ihrer bisherigen Kommunikation einen Kurswechsel vollzogen. Denn diese handelt sich nunmehr nicht mehr von Sitzung zu Sitzung, sondern hat sich auf längere Sicht, d.h. mindestens über den Sommer 2019 hinaus, bezüglich ihrer Zinspolitik klar festgelegt.

Die Reaktion am Euro-Rentenmarkt war ausgesprochen positiv. Die Anleihenotierungen in den Kern- und in den Peripheriemärkten zogen an. Deutsche Bundesanleihen rentierten per Freitagmittag knapp unter der 0,4 Prozentmarke (minus sechs Basispunkte). Während auf der Bund-Kurve die mittleren Laufzeiten rückläufige Renditen von vier bis fünf Basispunkten aufwiesen, bewegten sich die Enden auf dem Niveau der Vorwoche. In der Peripherie gab es teils deutliche Renditerückgänge, vor allem in Italien. Auch unterstützt vom neuen Finanzminister Giovanni Tria, der sich Presseberichten zufolge klar zur Euro-Mitgliedschaft bekannte und beabsichtigt, das Wachstum der italienischen Wirtschaft mittels Investitionen und Strukturreformen anzukurbeln. Die Anleger haben es gern gehört und für deutlich rückläufige Renditen und damit auch niedrigere Risikoprämien gesorgt. Die italienische Zehnjahresrendite lag zuletzt bei 2,56 Prozent, nachdem zum Vorwochenschluss noch 3,12 Prozent zu erzielen waren. Auf Indexebene legte der europäische Markt (iBoxx Euro Sovereign) bis Freitagmorgen 0,9 Prozent zu, im Verlauf des Freitags dürften weitere Gewinne hinzugekommen sein.

Profitieren konnten auch europäische Unternehmensanleihen. Von der EZB gehaltene und im kommenden Jahr fällige Staatsanleihen könnten womöglich in Unternehmensanleihen wieder reinvestiert werden. Die hierüber am Markt kursierenden Gerüchte stützten die Unternehmensanleihen und sorgten dort für gute Stimmung.

Ausblick

Nach der Fed und der EZB folgen in der neuen Handelswoche weitere Sitzungen europäischer Notenbanken. Die Schweizer Nationalbank, die Norgesbank und die Bank of England überprüfen am Donnerstag ihre geldpolitische Ausrichtung.

Die Bank of England dürfte angesichts der – mit Blick auf die jüngsten Wirtschaftsdaten – eher uneinheitlichen Tendenz den Leitzins unverändert lassen. Einschätzungen zufolge liegt die Wahrscheinlichkeit hierfür bei 90 Prozent. Eine Anhebung dürfte frühestens gegen Jahresende zu erwarten sein, aber natürlich von der Datenkonstellation abhängig bleiben. Auch in der Schweiz ist ein Kurswechsel bezüglich der Geldpolitik kaum zu erwarten, zumal sich die Preissteigerungsdaten der Eidgenossen auf geringem Niveau befinden.

Der im Wochenverlauf diesmal eher dünne Datenkalender dürfte vor allem am Freitag im Blickpunkt der Anleger stehen. Dann werden die Einkaufsmanagerindizes für den Euroraum sowie auf Einzelländerebene auch für Deutschland und Frankreich bekannt gegeben. Nach schwächeren Wachstumsdaten für den Euroraum im ersten Quartal wird nun mit dem Juni mit einer Fortsetzung des rückläufigen Trends auch für Q2 gerechnet. Die Unsicherheit im Rahmen des Handelsstreits mit den USA und der politischen Ereignisse (Italien) dürften sich bei der Umfrage entsprechend negativ in den Zahlen widerspiegeln.

Termine

Montag, 18.06.18	USA: NAHB Wohnungsmarktindex (Jun.)
Dienstag, 19.06.18	USA: Baubeginne und Baugenehmigungen (Mai)
Mittwoch, 20.06.18	USA: Verkauf bestehender Häuser (Mai)
Donnerstag, 21.06.18	FRA: Wirtschaftsvertrauen (Jun.) USA: Philadelphia Fed Index (Jun.) Zinsentscheid der Schweizer Nationalbank Zinsentscheid der Norgesbank Zinsentscheid der Bank of England
Freitag, 22.06.18	JPN: Verbraucherpreise (Mai) EWU/DEU/FRA: Einkaufsmanagerindex, Dienstleistungen und verarbeitendes Gewerbe (Jun.)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
15. Juni 2018, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt